

Presseinformation

13. Juni 2003

“Wege zur Umsetzung des NÖ Landesentwicklungskonzepts”

Allgemeine, öffentliche Diskussion im Herbst 2003

Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka eröffnete heute im Landhaus in St. Pölten eine Fachenquete, die sich der Umsetzung des NÖ Landesentwicklungskonzepts beschäftigte. Namhafte Referenten aus dem In- und Ausland diskutierten die Aspekte zur Umsetzung dieses Konzepts, das derzeit als amtsinterner Entwurf vorliegt. Die überarbeitete Fassung ist nahezu fertig gestellt und soll im Herbst 2003 als Broschüre zur allgemeinen, öffentlichen Diskussion zur Verfügung stehen.

Drei Leitziele stehen bei der Erstellung dieses Landesentwicklungskonzepts im Vordergrund: Es müssen gleichwertige Lebensbedingungen für alle gesellschaftliche Gruppen in allen Landesteilen geschaffen werden. Wettbewerbsfähige Regionen sind dabei genauso verpflichtend wie die nachhaltige, umweltverträgliche und schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen. Dabei ist bei den Raumordnern das Leitbild einer dezentralen Konzentration seit Jahrzehnten unbestritten. Das Zentrale-Orte-Konzept kann dabei als durchaus taugliches Instrument eingesetzt werden, auch deshalb, weil es den Grundsätzen einer nachhaltigen Raumentwicklung entspricht.

Die EU-Erweiterung stehe vor der Tür. Daher seien alle Bereiche, auch der Standortvorteil, so zu adaptieren, dass sie dem verstärkten Wettbewerb standhalten können, sagte Sobotka. Zu den anderen österreichischen Bundesländern und allen Nachbarstaaten müsse eine neue Qualität der Beziehungen und der Planung stattfinden. Man dürfe nicht länger zusehen, meinte Sobotka weiter, “wenn sich an unseren Grenzen Industrie- und Einkaufskomplexe breit machen, die Verantwortlichen aber zehn Kilometer nach der Grenze ihre kleinteilig strukturierte Nahversorgung erhalten wollen.” Es sei auch notwendig sein, die Situation gegenüber den Gemeinden neu zu überdenken. Die Chancen der Zukunft für Gemeinden mit 2.000 bis 15.000 Einwohnern liege darin, die Kooperationen auf allen Ebenen zu verstärken. Es müsse möglich sein, zu überlegen, welchen Nutzen Kooperationen von Gemeinden mit sich bringen, so Sobotka.